

# «Wer an die Zukunft glaubt, investiert»

**Flughafen Bern-Belp** Alpar AG weihet neues Terminal für Reisende aus Nicht-Schengen-Staaten ein

VON BRUNO UTZ

Neuerdings besitzt der Flughafen Bern-Belp zwei Terminals. Das neue, gestern in Anwesenheit von viel lokaler und kantonaler Prominenz aus Wirtschaft und Politik eingeweihte so genannte Non-Schengen-Terminal ist für die Abfertigung von Passagieren aus Ländern bestimmt, die nicht dem so genannten Schengen-Abkommen beigetreten sind. Im «Belpmoos» sind das hauptsächlich Reisende aus England. Das Schengen-Abkommen schreibt eine strikte Trennung der Passagierströme vor.

Angebaut wurde das zweigeschossige Gebäude ostseitig an das bestehende Terminal. An die Baukosten steuerte der Kanton 3,5 Millionen Franken bei. Der Grosse Rat beschloss den Kredit genau vor zwei Jahren mit 99 zu 40 Stimmen bei 12

**«Das war sein sehr weiser Entscheid.»**

Barbara Egger, Regierungsrätin

Enthaltungen. Dies vor allem mit der Begründung, dass die Umsetzung von «Schengen» und die Grenzkontrolle staatliche Aufgaben seien.

«Das war ein sehr weiser Entscheid», blickte Regierungsrätin Barbara Egger zurück. Sie sei stolz, dass nun mitten im Kanton ein Gebäude stehe, das die Weltoffenheit Berns dokumentiere. «Das Terminalgebäude ist die einzige Aussengrenze des Kantons zum europäischen Ausland.»

Fritz Grossniklaus, Verwaltungsratspräsident der Flughafenbetreiberin Alpar AG, verwies auf die touristische Bedeutung des Flughafens für das Berner Oberland. Dort hätten alleine die Gäste aus England in den letzten Jahren rund 80 000 Logiernächte mit einer Wertschöpfung von rund 20 Millionen Franken generiert.

Die deutliche Zustimmung des Grossen Rates zum Kredit habe die Alpar AG als «klares Signal» wahrgenommen, zu investieren und Stellen zu schaffen. Private hätten einen Fonds mit 300 000 Franken alimentiert für eine Flugverbindung von Bern-Belp nach München. (Die deutsche Betreiberin Cirrus Airline hat je-



Assistiert von Alpar-Verwaltungsratspräsident Fritz Grossniklaus (l.) und Flughafen-Direktor Mathias Häberli zerschneidet Regierungsrätin Barbara Egger das Band zum neuen Nicht-Schengen-Terminal. UZ

## Ab 2014 nicht mehr durchs Dorf zum Flughafen?

«Was nützt ein gut ausgebauter Flughafen, wenn die Zufahrt nicht optimal ist?», fragte gestern an der Einweihung des Nicht-Schengen-Terminals Rudolf Neuenschwander rhetorisch. Der Belper Gemeindepräsident blieb die Antwort nicht schuldig. Er verwies auf eine neue Strasse, mit welcher die Industriezonen Aemmenmatt und Hühnerhubel und das Flughafenareal erschlossen werden sollen. Die Strassenführung basiert auf der vom Berner Stimmbolk in einer Referendumabstimmung im November 2002 abgelehnten neuen Zufahrt. Das Projekt liegt noch bis zum 13. Februar öffentlich auf. Die Urnenabstimmung zum

Bruttokredit von 7,9 Millionen Franken soll am 23. September 2012 stattfinden. Die Gemeinde rechnet mit einem Kantonsbeitrag von knapp einer Million Franken. Neuenschwander bezeichnet die Subvention als «freiwilligen Beitrag», betont aber, dass die Erschliessung des Flughafens eigentlich eine Kantonsaufgabe sei. Etwa ab Mitte 2014 sollen die Passagiere nicht mehr durch das Dorf Belp zum Flughafen fahren müssen. «Dann endlich verfügt der Flughafen über eine vernünftige Erschliessung», sagte Neuenschwander. Laut ihm reisen etwa zwei Drittel der Passagiere und Besucher über die A6 an. (UZ)

doch vorgestern einen Insolvenzantrag gestellt und den Flugbetrieb vorläufig auf allen Strecken eingestellt.) Grossniklaus nannte weiter die «Helvetic», die neu Bern-Belp anfliegt und den Ausbau der Fluggesellschaft Sky-Work. «Insgesamt wurden so rund 150 Stellen geschaffen.»

Nach eigenen Angaben erwirtschaftete die Alpar AG im 2011 mit 100 Vollzeitstellen einen Umsatz von rund 11 Millionen Franken. Der Flughafen Bern-Belp erschliesst das Schweizer Mittelland das Berner Oberland und das Oberwallis mit über 60 000 Flugbewegungen und mehr als 180 000 Passagieren pro Jahr. Rund 600 Mitarbeiter generieren einen Jahresumsatz von etwa 100 Millionen Franken und eine Wertschöpfung von 60 Millionen Franken.

## Rotationsgewinne für Löhne

**Postulat** Der Grosse Rat überwies gestern mit 82 zu 64 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Postulat von Daniel Steiner (EVP). Mit seinem Vorstoss will der Langenthaler erreichen, dass der Kanton die bei Wechseln von Lehrkräften entstehenden Rotationsgewinne künftig wieder für Gehaltsmassnahmen verwendet. Rotationsgewinne fallen dann an, wenn beispielsweise eine Lehrkraft mit Lohnmaximum durch eine junge Lehrkraft mit einem tieferen Lohn ersetzt wird.

Mit seiner Forderung stiess Steiner bei der Regierung auf Zustimmung. «Wir brauchen künftig die Rotationsgewinne, um das Entlohnungsproblem zu lösen», sagte Regierungspräsident Bernhard Pulver (Grüne). Die entsprechenden Gesetzgebung werde bereits geprüft. Noch sei das Ergebnis aber unklar. Steiner hatte seinen Vorstoss bereits Anfang November 2010 eingereicht, und zwar als zwingende Motion. Gestern wandelte der Langenthaler seine Forderung in einen Prüfungsauftrag, weil die meisten Fraktionen nur ein Postulat unterstützten. BDP, SVP und FDP wollten selbst davon nichts wissen. Corinne Schmidhauser (FDP/Bremgarten) dazu: «Die Revision des Lehreranstellungsgesetzes läuft bereits. Jetzt wollen wir keine zusätzlichen Fakten schaffen.» (UZ)

## Nachrichten

### Grosser Rat Solarpionier Josef Jenni tritt zurück

EVP-Grossrat Josef Jenni (Oberburg) tritt auf Ende der Januar-session aus dem Grossen Rat zurück. Der Emmentaler will sich auf seine beruflichen Aktivitäten im Energiebereich konzentrieren. Jenni gehört zu den Solarpionieren der ersten Stunde. In seinem Energietechnik-Unternehmen in Oberburg beschäftigt er 70 Mitarbeitende. Der Spagat zwischen Beruf und Grossratsmandat sei ihm zu gross geworden, heisst es im Rücktrittsschreiben. Für Jenni nachrutschen könnte der Burgdorfer Martin Aeschlimann. Er hält den ersten Ersatzplatz auf der EVP-Liste (SDA)

# Nach Slalom im Ratssaal fliesst das Geld doch noch

**Grosser Rat** Das Zentrum Paul Klee erhält bis 2015 jährlich 500 000 Franken zusätzlich vom Kanton. Das entschied der Grosse Rat gestern und löste so ein Verwirrspiel vom Vortag.

VON BRUNO UTZ

«Der gestrige Tag ist nicht so verlaufen, wie ich es mir gewünscht habe. Was passiert ist, tut mir leid.» So eröffnete Grossratspräsident Beat Giauque (FDP) gestern Morgen den zweiten Sessionstag.

Rückblende: Am Montagabend hatte der Grosse Rat in einer von Giauque kompliziert formulierten Verbindung mit zwei Anträgen eine erste Schlussabstimmung durchgeführt. Diese verlief für das Zentrum Paul Klee positiv. Der Rat bewilligte die Aufstockung der staatlichen Subventionen um 500 000 Franken jährlich von 2012 bis 2015.

Als das nächste Geschäft bereits lief, bestürmten zahlreiche Grossräte Giauque und forderten eine korrekte Schlussabstimmung. Diese sei auch wegen der Unterstellung des Kredi-

ten unter das fakultative Referendum notwendig. Giauque lenkte ein und wiederholte die Schlussabstimmung; prompt endete diese mit einer knappen Ablehnung des Kredites. So wie es die Fraktionen von SVP und EVP in separaten Anträgen verlangt hatten (vergleiche auch az Langenthaler Tagblatt von gestern). Das zweite Ergebnis kam deshalb zustande, weil einige Räte bereits nicht mehr im Ratssaal anwesend waren.

Giauque schlug gestern dem Rat vor, die Abstimmung zu wiederholen. Dagegen wehrten sich Räte von SVP, EVP und EDU. «So leid es mir tut für das Zentrum Paul Klee, aber wir dürfen nicht mit einem Präjudizfall Tür und Tor öffnen, dass häufig missliebige Abstimmungsergebnisse wiederholt werden müssen», sagte Alt-Grossratspräsident Gerhard Fischer (SVP/Meiringen).

SVP-Fraktionspräsident Peter Brand (Münchenbuchsee) und Ruedi Löffel (EVP/Münchenbuchsee) meinten, die Sitzung ende erst um 16.30 Uhr. Wer vorher gehe, der müsse damit rechnen, eine Abstimmung zu verpassen. Ein Rückkommen sei nicht mehr möglich, sagte Brand und

drohte dem Rat mit einer Stimmrechtsbeschwerde. Versöhnlicher zeigte sich Löffel. «eine Wiederholung wäre zwar eigenartig, aber der Grosse Rat bestimmt, wie es läuft.»

Für eine Wiederholung der Schlussabstimmung plädierten Dieter Widmer (BDP/Wanzwil), Christine Häslar (Grüne/Burglauenen), Mar-

## Abstimmung ist gültig

Laut Staatsschreiber Kurt Nuspliger ist die gestrige Schlussabstimmung gültig. «Der Grosse Rat hat die unklare Entscheidungssituation vom Vortag bereinigt und geklärt, was sein Wille ist», erklärte Nuspliger gegenüber dem az Langenthaler Tagblatt nach der Wiederholung der Schlussabstimmung. Er erinnere sich an einen ähnlichen Vorfall im Zusammenhang mit der Bezirksreform. Auch der damalige Ratspräsident Peter Rychiger (FDP/Steffisburg) habe eine unklare Situation mit der Wiederholung einer Abstimmung bereinigt. Der Grosse Rat habe danach das Resultat akzeptiert. Nach dem für die SVP «frustrierenden» Ausgang der gestrigen Abstimmungswiederholung sagte Fraktionspräsident Peter Brand: «Ich bin kein Freund von Streitereien. Es ist aber noch offen, ob wir Stimmrechtsbeschwerde erheben.» (UZ)

greth Schär (SP/Lyss) und Adrian Kneubühler (FDP/Nidau). Giauque habe seinen Fehler eingestanden. «Deshalb sollten wir dem Fairness-Gedanken den Vorrang geben», sagte der FDP-Fraktionschef.

Kneubühlers Ratschlag befolgten 89 Räte, 59 lehnten eine Wiederholung ab, 2 enthielten sich der Stimme.

## Kommentar

von Bruno Utz

## Grösse beweisen und akzeptieren

■ Grossratspräsident Beat Giauque hat einen kapitalen Bock geschossen. Dass ihn sein Fehler arg quält, gestand Giauque gestern vor dem versammelten Grossen Rat ein. Seine Zerknirschtheit war bis hinauf auf die Medientribüne spürbar, als er als Konsequenz seines Fehlers eine Abstimmungswiederholung vorschlug. Dass der Grosse Rat mehr als eine halbe Stunde lang darüber diskutierte, bevor er wieder zur Tat schritt, ist verständlich: Die bei der Auslegung der Argumente klärten aber lediglich die Verwickeltheit der Situation. Und es gab tatsäch-

lich gute Gründe für beide Haltungen. Schon deshalb war es richtig, die Abstimmung nochmals durchzuführen und so den Willen der Volksvertreter zu ermitteln. Dieses Resultat ist ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Es zeugt von Grösse und politischer Reife, wenn die gestern Unterlegenen auf eine langwierige juristische Auseinandersetzung verzichten und keine Stimmrechtsbeschwerde erheben. «Jeder darf Fehler machen, nur nicht zweimal denselben», soll nicht nur eine Worthülse sein.

bruno.utz@azmedien.ch